Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 153. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 280. **Montag, 3. Dezember 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1.—7. Dezember 1000 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Rettung der Entente cordiale.

In allen Fragen der Außenpolitik bestehen in England und Frankreich die allerschärfsten Gegensätze. Nur in einem Punkte hat bisher immer wieder eine weitgehende Uebereinstimmung des politischen Willens sich bemerkbar gemacht: in dem Bestreben, den offenen Bruch möglichst noch hinauszuschieben. England verfolgt diese Methode, weil es weder militärisch noch außenpolitisch noch gar der Stimmungsvorbereitung seiner Bevölkerung nach „fertig" ist. Frankreich wünscht die Tatsache seiner zunehmenden Isolierung durch Festhalten einer allerdings nur äußerlich cordialen Entente zu verschleiern und, bevor es zum offenen Bruch kommt, sein Ziel, die restlose Ausschaltung des deutschen Nachbarn aus der Geschichte, im vollen Umfange zu erreichen. Diese Grundtatsachen, in deren Gedankenbahn sich alle politischen Vorgänge der letzten Jahre abgespielt haben, treten auch bei den jüngst getroffenen Vereinbarungen in Paris wieder zutage.

Das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen über das Ruhrgebiet hatte die gegensätzlichen Auffassungen der beiden führenden Ententemächte, sowohl hinsichtlich der französischen Ruhrpolitik überhaupt, wie auch inbezug auf die von Frankreich durch die Vereinbarung mit den deutschen Industriellen gewiesenen Ausweg, mit aller Schärfe hervortreten lassen. England äußerte, um von vornherein eine günstige Kampfmöglichkeit zu schaffen, die Neigung, vor der Reparationskommission das gesamte Ruhrproblem zur Aufrollung zu bringen, und gleichzeitig seine Grundforderung nach Einsetzung eines in jeder Beziehung unparteiischen Sachverständigenausschusses zum Zwecke der Feststellung der deutschen Gesamtschuld und Zahlungsmöglichkeit durchzudrücken. Dieses Ziel, das übrigens auch nicht ernsthaft verfolgt worden ist, und angesichts des Schwebezustandes der englischen Regierung auch gar nicht nachdrücklich vertreten werden konnte, ist nicht erreicht worden. Poincaré hat dem äußeren Anscheine nach wiederum einen Sieg errungen. Man hat sich darauf „geeinigt", daß man das Kernproblem überhaupt ausgeschaltet hat und zwar ein Sachverständigenkomitee beschlossen hat, das einmal beschränkte Vollmachten hat und nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit überhaupt, sondern nur die Mittel prüfen soll, wie das deutsche Budget in Ordnung zu bringen ist. Ein zweiter Ausschuß ist beschlossen worden, der die Möglichkeiten zu durchprüfen hat, das im Ausland befindliche deutsche Kapital für Reparationszwecke zu erfassen. Bradbury selbst hat das Ergebnis der Ententebesprechung dahingehend zum Ausdruck gebracht, daß die Uebereinstimmung nur ein erster Schritt sei, eine Umgehung der Hindernisse, die im Augenblick nicht beseitigt werden konnte und, was Bradbury freilich nicht gesagt hat, wohl auch für alle Zukunft nicht beseitigt werden können, da es sich nicht um Gegensätze der Behandlungsform eines Problems, sondern um schärfste Gegensätzlichkeit in der Grundauffassung handelt.

Die neue deutsche Reichsregierung habe die Aufgabe, außenpolitisch nichts zu tun, was der Ausreifung der englisch-französischen Spannung abträglich sein kann und innenpolitisch das deutsche Reich, das deutsche Volk solange am Leben zu erhalten, bis die kommende große Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England eine erfolgversprechende Auseinandersetzung zwischen Frankreich einerseits und der gesamten in Frage kommenden Staatengruppierung andererseits wird.

*

)(Paris. Der diplomatische Redakteur der „Agence Havas" glaubt zu wissen, daß als französischer Vertreter in dem von der Reparationskommission einzusetzenden **Ausschuß für die Sanierung der deutschen Finanzen** wahrscheinlich der ehemalige Generaldirektor im Finanzministerium **Parmentier** gewählt werden wird. In den zweiten Sachverständigenausschuß, der sich mit der deutschen Kapitalflucht beschäftigen solle, werde, wie verlautet, eine Persönlichkeit aus Bankkreisen delegiert werden. Nach Auffassung der französischen Regierung sei im übrigen selbstverständlich, daß die beiden Sachverständigenausschüsse sich bei ihren Arbeiten im Rahmen der Kompetenzen halten müssen, die der Friedensvertrag der Reparationskommission selbst zuerkenne.

Amerika verweigert die Teilnahme an den Untersuchungen.

)(Paris. „New York Herald" berichtet aus Washington, nach dem Fehlschlag der interalliierten Verhandlungen über eine von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus auszuführende Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit würden die **Vereinigten Staaten sich dem Plane einer begrenzten Untersuchung** durch ein Sachverständigenkomitee, wie die Reparationskommission vorgeschlagen habe, **völlig fernhalten.** Diese letztere Untersuchung würde in keiner Weise der vom Staatssekretär Hughes vor einem Jahr vorgeschlagenen ähneln; denn die Sachverständigen würden ihre Arbeit unter der bereits jetzt festgelegten Einschränkung aufnehmen, die Reparationsgesamtverpflichtung nicht zu ändern. Der Plan der Reparationskommission sei von dem amerikanischen Beobachter Logan übermittelt worden und am Sonnabend vormittag im Staatsdepartement eingegangen. Eine öffentliche Erklärung über seinen Standpunkt werde das Staatsdepartement erst abgeben, wenn seine Antwort in Paris eingetroffen und dort veröffentlicht worden sei; aber es werde von offiziellen Persönlichkeiten vertraulich festgestellt, daß eine so begrenzte Untersuchung, wie sie die Reparationskommission vorschlage, ohne jeden Wert wäre. Man sei gegen eine offizielle Beteiligung an einer Untersuchung seitens der Reparationskommission, die eine Einrichtung des Versailler Friedensvertrages sei, den die Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet hätten. Gegen die rein private Beteiligung amerikanischer Sachverständiger, von deren Tätigkeit die amerikanische Regierung keine Kenntnis zu nehmen brauche, werde nichts eingewandt.

Die ersten Kabinettssitzungen.

Das neugebildete Reichskabinett trat am Sonnabend vormittag 11 Uhr zum ersten Mal zusammen.

Die Forderung eines Ermächtigungsgesetzes.

Das Reichskabinett hat sich in seiner Sonntagssitzung auch mit dem **Inhalt** der am Dienstag bevorstehenden **Regierungserklärung** beschäftigt und diese im wesentlichen fertiggestellt. Die **Kanzlerrede** wird voraussichtlich nur kurz sein und dürfte eine wesentliche Aenderung des bisherigen politischen Gesamtkurses kaum enthalten. Sie wird in der **Forderung nach dem Ermächtigungsgesetz** gipfeln. Der Inhalt des Ermächtigungsgesetzes dürfte sich im wesentlichen auf **soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten** erstrecken, insbesondere die Regierung zu Maßnahmen auf dem **Gebiete der Erwerbslosenfürsorge** und der **Preisbildung für Lebensmittel** ermächtigen.

Morgen Dienstag Kanzlerrede im Reichstag.

Die nächste **Reichstagssitzung**, in der Reichskanzler Marx das neue Kabinett vorstellen wird, ist auf morgen Dienstag nachmittag 3 Uhr anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht: **„Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung".**

Reichsjustizminister Emminger

erklärte dem Berliner Vertreter der Augsburger Postzeitung in einer längeren Unterredung, er habe sich für verpflichtet gehalten, in die Reichsregierung einzutreten, um zu versuchen, die noch **zwischen Berlin und München bestehenden Spannungen zu beseitigen.** Ob das restlos gelingen werde, bleibe freilich eine offene Frage. Daß eine gewisse Entspannung bereits eingetreten sei, lasse sich nicht leugnen. Die zu lösenden Probleme möchte er in den Satz zusammenfassen: Dem Reiche, was des Reiches ist, aber auch Bayern, was Bayerns ist. Oder aber: Ein starkes Bayern in einem einigen Deutschland.

Für Senkung der Lebensmittelpreise.

WTB. teilt mit: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 29. November mit Vertretern des Fleischergewerbes eine Besprechung wegen Herabsetzung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft die Preise auf der Grundlage der tatsächlichen Gestehungskosten und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlages, der den im Frieden für die Gewichtseinheit gehabten Verdienst keinesfalls überschreiten darf, in Goldmark neu festzusetzen.

Die Vertreter des Fleischergewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden. Erfolgt die Herabsetzung nicht oder nicht in genügendem Maße, dann ist es Aufgabe der Preisprüfungsstellen und der Polizeibehörden, mit allem Nachdruck einzugreifen.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in ähnlicher Weise auch mit anderen Zweigen des Nahrungsmittelgewerbes und -handels ins Benehmen treten, um eine allgemeine Senkung der hohen Lebensmittelpreise zu erzielen.

Allgemeiner Preissturz in Hamburg.

Unter dem Einfluß der verschwindenden Papiermark hat seit Freitag in Hamburg eine scharf rückläufige Bewegung der Preise für Lebensmittel, Bedarfsartikel usw. eingesetzt. Der Rückgang beträgt im Augenblick durchschnittlich 50 Prozent, besonders für Fleisch, Schuhe, Fettwaren usw. Restaurationen, Hotels usw. ermäßigten heute ihre Preise ebenfalls bis um 50 Prozent. Auch die Hamburger Straßenbahn-Gesellschaft setzt ihre Preise von morgen ab um 33⅓ Prozent herab. Die Bevölkerung atmet sichtlich auf. In den Straßen tummelt sich eine kauflustige Menge.

Rentenmarkscheine in größerem Umfange fertiggestellt.

)(Berlin. Die Fertigstellung der Rentenmarkscheine ist soweit vorgeschritten, daß von jetzt ab Stücke auch **auf dem Wege über Banken und Bankfirmen bezogen** werden können.

Deutsch-englische Verhandlungen über einen Währungskredit.

)(Berlin. Die **deutsch-englischen Verhandlungen über Erlangung eines Währungskredites** haben, wie verlautet, einen **günstigen Verlauf** genommen. Voraussichtlich werde Reichsaußenminister Stresemann dem Reichstag am Dienstag hierüber nähere Mitteilungen machen. Es soll sich um einen Kredit von **100 Millionen Goldmark** zur Stützung der deutschen Währung handeln.

Eine separatistische Regierung in Koblenz?

Havas meldet aus Mainz, daß sich gestern in **Koblenz wiederum eine provisorische separatistische Regierung gebildet** habe, an deren Spitze **Dorten** stehe. Diese neue rheinische Regierung habe zwar Koblenz zur sog. rheinischen Hauptstadt erwählt, **jedoch vorläufig** ihren Sitz in Ems aufgeschlagen.

Zur Wiederaufnahme des Verkehrs mit dem besetzten Gebiet.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf soll am 1. Dezember eine erste Reihe von **Abmachungen** zwischen dem **Reichsverkehrsministerium** und der **französisch-belgischen Eisenbahnregie unterzeichnet** worden sein. Falls diese Abmachungen die Zustimmung der Reichsregierung fänden, würden sie am 10. Dezember in Kraft treten. Damit würde die **Wiederaufnahme** des seit dem 10. Januar unterbrochenen **Verkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet** ermöglicht. Ueber eine Anzahl Einzelheiten sollen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Oesterreichs Hilfe für Deutschland.

)(Wien. Vorgestern und gestern fanden nach einem **Beschluß der Gemeinde Wien** in allen Häusern, öffentlichen Lokalen und Straßen **Sammlungen** statt, deren Ertrag **für die Deutschlandhilfe** bestimmt ist.

Von der täglich an Umfang zunehmenden **Lebensmittelaktion** des Bundes der Reichsdeutschen und der deutschen Arbeitsgemeinschaft sind bisher **40500 Pakete** in Sammeltransporten nach Deutschland abgeschickt worden.

Beim Bundeskanzler Schürff sind bisher für die von ihm eingeleitete **Hilfsaktion zu Gunsten deutscher Schriftsteller** und Künstler Spenden im Betrage von **160 Millionen Kronen** eingegangen und der deutschen Gesandtschaft zur Weiterleitung an die für die Verteilung in Deutschland in Betracht kommenden Stellen übergeben worden.

Ein Appell an das Weltgewissen.

)(Wien. In der gestrigen Versammlung von Mitgliedern der **unpolitischen ausländischen Klubs** wurde wiederholt von Vertretern der ausländischen Vereinigungen, vor allem von dem italienischen Redner, ausdrücklich hervorgehoben, daß sie von den den von allen Seiten **verkündeten Kriegszielen hohnsprechenden Friedensverträgen** und der Recht und Gerechtigkeit verletzenden Durchführung tief enttäuscht seien, weshalb das Weltgewissen wach gerüttelt werden müsse. Das deutsche Volk, dem man so unendliche geistige Güter verdanke, **dürfe nicht dem Verderben preisgegeben werden,** es dürfe nicht untergehen. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung wurde darauf von der internationalen Versammlung einstimmig angenommen.

Die verheißene Milderung der Ruhrbesetzung.

)(Paris. „Matin" erklärt, offenbar beeinflußt, zu den Meldungen belgischer und englischer Blätter über eine bevorstehende etwaige **Verminderung der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet,** diese Herabsetzung werde in der Tat nicht allein von der belgischen, sondern auch von der französischen Regierung gewünscht. Poincaré habe darüber in dieser Hinsicht sehr bestimmte Erklärungen abgegeben. Die Beendigung des passiven Widerstandes ermögliche es General Degoutte allerdings, an eine Verminderung seiner Truppenstärke zu denken, aber diese Maßnahme könne entsprechend dem besonderen Charakter der augenblicklichen Lage in den besetzten Gebieten jenseits des Rheins nicht schon jetzt eingeleitet werden. — Auch „Echo de Paris" meint, die französische Regierung werde es General Degoutte überlassen, in dem ihm geeignet erscheinenden Augenblick zu erklären: **„Der passive Widerstand ist verschwunden"** —, was einem Signal zu einer gewissen **Umgruppierung** der Truppen im Ruhrgebiet gleichkommen würde. Umgruppierung — mehr aber lasse sich für den Augenblick nicht sagen.

Nach einer Havasmeldung aus Brüssel bestätigt „Etoile Belge", daß zurzeit zwischen der französischen und der belgischen Regierung ein **Meinungsaustausch** über die **Form der weiteren Besetzung des Ruhrgebietes** stattfinde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß mit dem Tage, an dem die Sicherheit der technischen Kommission gewährleistet sei, der Zustand vom Januar des Jahres wiederhergestellt werden könne. **Die Begnadigung einer Anzahl von Ausgewiesenen,** die daraufhin wieder in das Ruhrgebiet zurückkehren könnten, **sei in aller Kürze zu erwarten.**

Gesellschaft zur Erforschung der Kriegsursachen.

Um die Kräfte zusammenzufassen, welche sich seit dem Versailler Friedensvertrag mit der wissenschaftlichen Erforschung der Kriegsursachen beschäftigt haben, und um die Arbeiten der auf diesem Gebiet hervorragenden Wissenschaftler schneller und wirksamer dem großen Kreis der Intellektuellen, welche sich mit dieser Frage beschäftigen, zugänglich zu machen, wurde am Freitag, den 30. November dieses Jahres unter dem Vorsitz des Gesandten a. D. Exzellenz Raschdau eine „Gesellschaft zur Erforschung der Kriegsursachen" gebildet. Die Gesellschaft will in möglichst enger Anlehnung an die bereits seit zweieinhalb Jahren bestehende „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" ihre Wirksamkeit beginnen und hat es sich zur besonderen Aufgabe gemacht, die im Juli dieses Jahres ins Leben gerufene Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" weiter auszubauen. Bei der Gründungsversammlung, zu welcher infolge der Kabinettsbildung viele Freunde dieser Bestrebungen persönlich leider nicht erscheinen konnten, waren u. a. zugegen: Professor Hans Delbrück, Professor Dr. Gustav Mayer, Frau Klara Meude, Graf Max Montgelas, Reichsminister des Auswärtigen a. D. Exzellenz Dr. Rosen, Oberst Schwertfeger, Staatsminister a. D. Dr. Albert Südekum und Dr. Thimme. Alle Anfragen sind an den Generalsekretär der Gesellschaft, Alfred von Wegerer, Berlin NW. 6, Luisenstraße 31a (Norden 5836) zu richten.